

China bremst die EU-Aufrüstung aus

von [Thomas Oysmüller](#)

25. Juni 2026

Die chinesische Dominanz bei kritischen Rohstoffen bremst die Aufrüstungspläne der EU aus. Vor allem Seltene Erden gibt es fast nur aus China, und die EU braucht sie für ihre Kriegsbemühungen.

Seit der Eskalation des Krieges zwischen Russland und der Ukraine 2022 treibt die EU eine massive Aufrüstung voran. Verteidigungsausgaben steigen stark, Munitionsproduktion und Waffensysteme werden hochgefahren. Doch es gibt eine zentrale **Schwachstelle**, die die Aufrüstungsbemühungen massiv bremst: die extreme Abhängigkeit von China bei kritischen Rohstoffen, vor allem bei Seltenen Erden.

China kontrolliert rund 60 Prozent des weltweiten Abbaus und bis zu 90 Prozent der Verarbeitung Seltener Erden. Die EU importiert etwa 98 Prozent ihrer REE-Permanentmagnete aus China. Diese Magnete sind unverzichtbar für Elektromotoren, Sensoren, Radarsysteme und Aktuatoren in modernen Waffen – von der europäischen Meteor-Luft-Luft-Rakete über Kampffjets bis hin zu Drohnen und Präzisionsmunition.

Im April und Oktober 2025 verschärfte China die Exportkontrollen für schwere Seltene Erden und Permanentmagnete. Nach einem US-chinesischen Treffen Ende 2025 gab es eine vorübergehende Lockerung für viele zivile Anwendungen. Für militärische Endverwendungen werden Lizenzanträge europäischer Rüstungshersteller jedoch weiterhin weitgehend abgelehnt.

Mittlerweile spürt man die Auswirkungen am globalen Markt deutlich: Die Preise steigen, Lieferungen verzögern sich, und es drohen Produktionsengpässe in der Verteidigungsindustrie. Die [Aerospace, Security and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD) warnt vor Verzögerungen bei der Munitionsfertigung und bei hochtechnischen Systemen. [EU-Experten, unter anderem vom EU Institute for Security Studies](#), werfen China eine bewusste Strategie vor, die Aufrüstung der EU zu verlangsamen. Falls dem so ist, setzt China jedoch nur seine eigenen Interessen durch – warum sollte es Interesse an einer hochgerüsteten EU haben?

Die EU hat mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA) von 2024 und dem RESourceEU-Aktionsplan Ende 2025 versucht, gegenzusteuern. Bis 2030 sollen mindestens 10 Prozent des Bedarfs in der EU abgebaut, 40 Prozent verarbeitet und 25 Prozent recycelt werden. Kein Drittland darf mehr als 65 Prozent eines strategischen Rohstoffs liefern. Es gibt Fördergelder und Partnerschaften mit Australien, Kanada und den USA.

Doch die Realität bremst die Ziele aus: Ein Bericht des Europäischen Rechnungshofs Anfang 2026 zeigt, dass viele der ausgewählten Projekte Verzögerungen aufweisen oder die Ziele bis 2030 nicht erreichen werden. Genehmigungsverfahren dauern trotz Beschleunigung oft Jahre, strenge Umweltauflagen erschweren neue Minen in Europa, und der Aufbau alternativer Förder- und Verarbeitungskapazitäten benötigt in der Regel 10 bis 15 Jahre.

Für die Zivilgesellschaft muss das nichts Gutes bedeuten: Eine deutlich stärkere Verzahnung von Rohstoffsicherung und Verteidigungsindustrie würde weitere Schritte in Richtung einer militarisierten EU bedeuten.

Aktuell hat die EU-Aufrüstung durch die vorübergehende Entspannung bei den chinesischen Exportbeschränkungen wieder etwas Luft bekommen. Trotzdem sitzt China weiter am längeren Hebel und kann die westliche Rüstungsindustrie bei Bedarf ausbremsen.